

1
2
3
4
5
6

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

7
8
9

Resolution: R 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!

10
11

Der Bezirksparteitag beschloss:

12
13

12 Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!

13 Die Landwirtschaft ist weiter ein wichtiger Sektor unserer Wirtschaft, vor allem in ländlich
14 geprägten Gegenden. Sie zu gestalten gibt die Chance unsere Welt ökologischer, nachhaltiger,
15 fairer und sozialer zu gestalten. Daher wollen wir Landwirtschaftspolitik neu denken und ihr
16 Potenzial für eine bessere Welt nutzen.

17

18 Tierhaltung und Tierschutz

19 Die heute genutzten Legehennen sind nur auf Legeleistung gezüchtet und setzen weniger und
20 langsamer Fleisch an. Weil Hähne keine Eier legen können, werden die männlichen Küken
21 direkt nach dem Schlupf getötet, in der Regel durch Vergasen oder Schreddern. Mögliche
22 Alternativen sind die Hähne zu mästen und die geringen Erlöse durch hohe Preise für die Eier
23 auszugleichen (Geschwisterküken Projekt). Z.B. Auf 14 Betrieben in Mecklenburg-
24 Vorpommern werden die männlichen Tiere gemästet und nach 17 Wochen geschlachtet, die
25 Eier der Schwestern werden dadurch 3 Cent teurer (Die Welt 21.08.2012). Außerdem können
26 Zweinutzungsrasen eingesetzt werden, bei diesen Rassen dienen die weiblichen Tiere zu
27 Eierproduktion und ihre Brüder zur Mast, hierfür eignen sich beispielsweise alte Rassen (br
28 Abendschau 28.10.2013). Inzwischen besteht die Möglichkeit vor der künstlichen Befruchtung
29 bei Rindern das Sperma so zu behandeln, dass nur noch weibliche Kälber geboren werden.
30 Diese Praxis überschreitet ethische Grenzen, der Mensch entscheidet hier aktiv welches
31 Geschlecht zu Welt kommt.

32

33 Wir fordern

- 34- Solche Projekte (bspw. Geschwisterküken-Projekt) sind zu fördern.
35- Vermehrt auf Zweifachnutzung zu züchten
36- Das Sexen zu verbieten

37

38 Männliche Ferkel werden in der Regel wenige Tage nach der Geburt kastriert, Fleisch von
39 unkastrierten Ebern hat einen unangenehmen Geschmack und lässt sich kaum vermarkten.
40 Außerdem müssten die Tiere sonst von den Weibchen getrennt werden und sind aggressiver.
41 Die Kastration wird auf konventionellen Betrieben in der Regel ohne Betäubung durchgeführt,
42 das ist mit großen Schmerzen für die Tiere verbunden. An den Tieren werden zudem andere
43 Eingriffe durchgeführt. Schweinen werden die Schwänze gekürzt und Hühnern die Schnäbel.
44 Beides sind Körperteile, die schmerzempfindlich sind. Die Eingriffe sind nur notwendig, weil die
45 Haltungsbedingungen schlecht sind. Hühner reißen sich gegenseitig die Federn aus, weil ihr
46 Bedürfnis zu picken und zu scharren nicht befriedigt wird und es an Beschäftigung fehlt.
47 Ähnliches gilt für Schweine, die intelligenten Tiere beißen sich aus Langeweile gegenseitig in
48 die Schwänze. Die Tiere haben oft sehr wenig Platz. Die Tiere können sich nicht aus dem Weg

49gehen. Vor einigen Jahren wurde die Käfighaltung für Legehennen abgeschafft, aus Angst vor
50der Vogelgrippe wurde der Ausgestallterkäfig bzw. die Kleingruppenhaltung eingeführt, das
51Platzangebot und die Lebensqualität wurden nicht erhöht. Kälber werden einige Wochen nach
52der Geburt, durch Ausbrennen der Hornansätze enthornt. Meistens ohne Betäubung.

53

54**Wir fordern**

55- Das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen zu verbieten.

56- Den Tieren sind alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu verfügen zustellen, dazu
57 gehört zum Beispiel Einstreumaterial, Strohballen, Kauketten, Bälle Raufutter (Silage,
58 Heu) und Körner zum picken.

59- Eine Betäubungspflicht bei Kastrationen und Enthornungen einzuführen

60- Das Mindestplatzangebot zu erhöhen. Zur Orientierung kann die EU-Ökoverordnung
61 dienen.

62- Die Haltungsform Kleingruppenhaltung/ausgestalteter Käfig bei Legehennen ist
63 ersatzlos abzuschaffen.

64

65Die meisten in der modernen Nutztierhaltung eingesetzten Tiere gehören zu wenigen
66Hochleistungsrassen. Alte Rassen werden zunehmend verdrängt, diese haben oft einige
67Vorteile z.B. eignen sie sich als Zweinutzungsrassen und kommen besser mit den Bedingung
68der ökologische Landwirtschaft aus, als Hochleistungsrassen. Sie können dazu dienen den
69engen Genpool der heute genutzten Rassen zu erweitern. Außerdem haben sie einen gewissen
70kulturellen Wert, da sie schon lange genutzt werden.

71

72**Wir fordern**

73- Die Haltung und die Zucht alter Rassen zu fördern.

74- Zunehmend auch Zweinutzungsrassen zu nutzen

75

76In der konventionellen Tierhaltung ist es teilweise üblich die Tiere ohne Einstreu zu halten.

77Einstreu erhöht den Liegekomfort. Bei großen Tieren wie Rindern verursacht das Ablegen auf
78harten Boden große Schmerzen. Der Lebensraum der Vorfahren unserer Nutztiere hatte in der
79Regel ebenfalls einen weichen Untergrund und war rutschfest. Zum Beispiel fällt es Rindern
80schwer sich auf Spalten- oder planbefestigten Boden zu kratzen, weil sie wegrutschen.

81Außerdem kann das Einstreumaterial zur Beschäftigung dienen. Um die Tiere auch bei großem
82Tierbesatz gesund zu halten, wird im großen Maß Antibiotika eingesetzt. Der Einsatz erfolgt
83zum Teil prophylaktisch. Sind Einzeltiere erkrankt wird der gesamte Bestand behandelt. Das
84Medikament wird ins Futter oder Trinkwasser gemischt. Zum Teil wird es auch als
85Wachstumsförderer eingesetzt. Der hohe und nicht gerichtete Antibiotikaeinsatz führt zur
86Ausbildung von Resistenzen. Die Bakterien lassen sich nicht mehr durch Antibiotika behandeln,
87das führt zu großen Problemen in der Tier- und Humanmedizin.

88

89**Wir fordern**

90- verpflichtend ein Teil des Stalles eingestreut werden muss. Die Einstreu muss sauber
91 gehalten werden und ein bequemes Abliegen ermöglichen

92- den Antibiotikaeinsatz einzuschränken.

93- Die Behandlung muss nach Möglichkeit zielgerichtet durchgeführt werden.

94- Der Einsatz als Wachstumsförderer ohne Krankheitsanzeichen zu verbieten.

95- Diese Gesetze müssen durch eine unabhängige Institution überwacht werden.

96

97**Pflanzenbau und Naturschutz**

98Laut dem Statistischem Bundesamt lag die Maisanbaufläche bei 2.036.800 ha

99(<http://de.statista.com> Stand 18.01.14). Mais bringt einige Probleme mit sich, die Flächen liegen
100einen großen Teil des Jahres brach. Der Boden wird nicht mehr von Wurzeln gehalten und wird
101abgetragen (Erosion). Der fruchtbare Oberboden (A-Horizont) geht unwiederbringlich verloren
102und die Fläche ist im extrem Fall nicht mehr für die Landwirtschaft geeignet. Mais ist eine
103Humus zehrende Kultur, Humus stabilisiert den Boden und trägt zu Bodenfruchtbarkeit bei.
104Außerdem werden durch Monokulturen, nicht nur Mais, Krankheiten gefördert. Durch geringe

105genetische Vielfalt wird dieser Prozess noch verstärkt. Und die erforderliche Menge an
106Pflanzenschutzmitteln erhöht. Durch den Einsatz von Insektiziden werden alle Insekten
107geschädigt, darunter auch seltene Arten und Nützlinge wie Bienen. Mittel wie Glyphosat werden
108zudem teilweise genutzt, um die Erntereife von Nutzpflanzen vorzuziehen. Damit geht eine
109unnötige Schädigung des Bodens und Belastung der Endprodukte einher. Die heutige
110Landwirtschaft bietet kaum Platz für wilde Tiere und Pflanzen. Die Landschaft besteht aus
111riesigen Offenlandschaften in der sich, bis auf Raps keine blühenden Pflanzen finden lassen.
112Durch das Pflanzen von Hecken können Ruckzugsplätze geschaffen werden, Blühstreifen und
113Leguminosengrasgemenge dienen als Nahrung für Insekten. Hecken dienen zusätzlich als
114Erosionsschutz, weil sie den Wind abfangen. Bei den Kulturpflanzen sind nur wenige Sorten
115von Bedeutung, durch den engen genetischen Pool werden Krankheiten gefördert, weil die
116Pflanzen für die selben Krankheitserregerstämme anfällig sind. Besonders in den Gebieten mit
117einem hohen Tierbesatz, wie zum Beispiel Niedersachsen, kommt es zu Überdüngung. Obwohl
118schon Gülle im ausreichenden Maße ausgebracht wurde, wird zusätzlich mit Mineraldünger
119gedüngt. Die überschüssigen Nährstoffe werden ausgewaschen. Das führt zu einer hohen
120Nitratbelastung des Trinkwassers. Außerdem werden die Flüsse und Meere gedüngt, was zu
121einem extremen Algenwachstum führt. In kleinem Maßstab gibt es auch in Deutschland
122biologisch-vegane Höfe. Da allerdings die konventionelle Landwirtschaft mit viel Düngemittel
123sowie Tierfabriken sehr dominant ist, wird in diesem wichtigen Bereich einer neuen
124Landwirtschaft wenig geforscht, wodurch die Anwendungsmöglichkeiten künstlich begrenzt
125werden. Wir wollen eine intensivere Forschung in diesem Bereich unterstützen.

126

127**Wir fordern:**

- 128- Eine Pflicht zum Einhalten einer Fruchtfolge einzuführen und die gleichzeitige Nutzung
- 129 von mehreren Feldfrüchten in einem Betrieb zu fördern
- 130- Die Nutzung von Sortenmischungen und Resistenzvielfalt zu fördern
- 131- Maßnahmen zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Humusaufbau, wie den
- 132 Zwischenfruchtanbau zu fördern
- 133- Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu beschränken, insbesondere den Einsatz von
- 134 Glyphosat
- 135- Das auf die Flächen nur die Menge an Nährstoffen ausgebracht werden dürfen, die auch
- 136 entzogen wurden.
- 137- Die Förderung für Agrar- Umwelt Maßnahmen auszubauen
- 138- Wildwuchsstreifen am Rande von Ackern ausweiten
- 139- Eine Professur für pflanzliche Landwirtschaft soll am Fachbereich Agrarwissenschaften
- 140 der Universität Kassel in Witzenhausen eingerichtet werden

141

142**Energie, Ernährung und Welthandel**

143Für die Versorgung von landwirtschaftlich genutzten Tieren werden große Mengen Futter
144importiert. Laut Bauernverband (2012 <http://www.bauernverband.de>) waren es 2009-2011 in der
145EU durchschnittlich 32 Mio. t Futtermittel (ohne Getreide), davon 22-23 Mio. t Soja, meist aus
146Brasilien. Nach Deutschland kamen 6,6 Mio. t, angebaut auf 1,8 Mio. ha, das entspricht 10%
147der deutschen Nutzfläche (Wiesen, Weiden und Felder). Für den Anbau wurden große Flächen
148Regenwald gerodet und Menschen umgesiedelt. Durch den Handel kommt es auch zu einem
149enormen Entzug von Nährstoffen dort und einen Überschuss hier. Zudem ist ein großer Teil des
150Sojas gentechnisch verändert. Die Risiken der Gentechnik sind nicht abzuschätzen. Die
151Gentechniklobby argumentiert zwar, dass es in den USA, wo gentechnisch veränderte
152Lebensmittel zugelassen sind, keine Krankheitsfälle gibt. Allerdings gab es bei diesem
153„Versuch“ keine Versuchsgruppen und keine vernünftige Auswertung. Gentechnisch veränderte
154Pollen breiten sich unkontrolliert aus. Es ist bereits zu Auskreuzungen gekommen und es
155wurden veränderte Gene auch dort gefunden, wo sie nicht ausgesät wurden. In diesen Fällen
156mussten betroffene Landwirte teilweise Strafen zahlen, weil sie die Pflanzen ohne
157Genehmigung „angepflanzt“ haben. Die Ziele der Gentechnik wurden nicht erreicht. Die
158Ernährungssituation in den sogenannten Entwicklungsländern wurde nicht verbessert. Zwar
159sollte durch „golden Rice“ die Vitamin-A- Versorgung verbessert werden, allerdings ist durch die
160schlechte Ernährungssituation die Vitaminaufnahme reduziert, Vitamin A ist ein fettlösliches

161 Vitamin. Außerdem würde der Bedarf auch durch den Verzehr von ungeschältem Reis gedeckt
162 werden, dieser ist aber wenig beliebt. In Indien wurden Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihrer
163 Existenz beraubt. Sie hatten in gentechnisch veränderte Baumwolle investiert, die in Indien
164 nicht wuchs und deren Wiederaussaat verboten wurde. Eine weitere gentechnische
165 Veränderung war das Einbringen des Bt-Toxins in die Pflanzengenetik, dadurch besteht die
166 Gefahr das Insekten gegen Bt-resistent werden und bt als, auch im ökologischen Landbau
167 zugelassenes, Insektizid unwirksam wird. Durch Gentechnik steigt der Einfluss der großen
168 Agrarkonzerne. Die Firma Monsanto entwickelte Pflanzen, z.B. Soja und Raps, die gegen ihr
169 total Herbizid round up resistent sind (round up ready), dadurch sollte der Herbizideinsatz
170 reduziert werden, in der Realität ist er gestiegen. 2012 wurden 962.000 ha für den Anbau von
171 Energiepflanzen, überwiegend Mais, für Biogasanlagen genutzt, das sind etwa 5,7% der
172 gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Außerdem werden für Agrarsprit große Mengen an
173 Palmöl importiert, auch hierfür wird Regenwald gerodet und indigen Völker werden vertrieben.
174 Würden sich 9 Milliarden so ernähren wie die Menschen in den Industriestaaten, bräuchten wir
175 noch eine zweite Erde, die wir nicht haben. In China wollen und können sich immer mehr
176 Menschen so ernähren wie hier. Die USA und die EU planen gerade ein
177 Freihandelsabkommen. Dadurch könnten gentechnischveränderte Lebensmittel, Fleisch von
178 geklonten Tieren, im Chlorbad gereinigte Hähnchen und ähnliche in den USA zu gelassene
179 Lebensmittel in die EU gelangen. Der Bundesfinanzhof entschied 2006 (V R 49/04) das
180 Sojamilch, Hafermilch, Reismilch etc. mit dem regulären MwSt-Satz besteuert werden muss.
181 Dies wird auch noch u.a. begründet mit "[...] Absatzmöglichkeiten für Milcherzeugnisse zu
182 erweitern, zu erreichen, während eine Steuerermäßigung für Milchersatzprodukte dem
183 entgegenwirken würde [...]". Auch darf Sojamilch nicht als Sojamilch etc. verkauft werden. Die
184 künstliche Abwertung der "Alternativ"-Getränke ist besonders bedauerlich, da diese vielfältige
185 Vorteile in den Bereichen Tiere, Gesundheit und Ökologie haben. Auch wir sehen uns in der
186 praktischen Umsetzung in einer gewissen Vorbildfunktion. Umdenken beginnt bei uns.
187 Die Erforschung von Vorteilen und Risiken einer pflanzlich betonten Ernährung müssen
188 wissenschaftlich weiter ausgearbeitet werden.

189

190 **Wir fordern**

- 191- Den Import von Futtermitteln zu reduzieren
- 192- Projekte für den Anbau von heimischen Eiweißpflanzen, z.B. Lupinen, zu fördern
- 193- Den Import von gentechnischen Pflanzen, auch als Futter zu verbieten
- 194- Den Anbau von gentechnischen Pflanzen, auch Freisetzungsversuche, zu verbieten
- 195- In der geplanten Reform des EEG den Einsatz von Mais und anderen nachwachsenden
- 196 Rohstoffen weiter zu beschränken bzw. nicht weiter zu fördern
- 197- Den Import von Palmöl zu reduzieren
- 198- Milchprodukte aus Soja, Hafer, Reis mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu
- 199 besteuern. Sie müssen unter den Bezeichnungen "Sojamilch, Hafermilch, Reismilch"
- 200 vermarktet werden dürfen.
- 201- Über die Folgen des Tierkonsums aufzuklären und diesen dadurch einzuschränken
- 202- In Kantinen und Mensen immer eine vegane Alternative anzubieten.
- 203- In den Kantinen des Landes, der Landesbetriebe, der Kommunen und der kommunalen
- 204 Betriebe ist das pflanzliche Angebot massiv auszubauen. Der Nicht-Konsum von Tieren
- 205 ist der beste Tierschutz
- 206- Bei SPD-Veranstaltungen soll es ein gutes pflanzliches Essensangebot geben. Bei der
- 207 Anmeldung zu Veranstaltungen von SPD ist anzugeben, ob die Teilnehmenden ein
- 208 vegetarisches, veganes oder ein fleischhaltiges Verpflegungsangebot haben möchten.
- 209- Dem geplanten Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen
- 210- Einrichtung einer Professur für pflanzliche Ernährung an der Universität Gießen, die
- 211 durch die räumliche Nähe zum Institut für alternative Ernährung (IFANE) dazu beitragen
- 212 könnte, die ernährungswissenschaftliche Kompetenz der pflanzlichen Ernährung in
- 213 Hessen zu stärken
- 214
- 215
- 216

217 **Lebensbedingungen von LandwirtInnen verbessern**

218 Im Primärsektor, also der Landwirtschaft, arbeiteten 2012 nur noch 1,6% der Erwerbstätigen.
219 Aufgrund von stetigen Innovationen, Optimierungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen ist
220 der ehemals dominierende Primärsektor nun nach Industrie- und Dienstleistungssektor der
221 kleinste. Trotz allem sind die landwirtschaftlichen Betriebe gerade in ländlichen Regionen, wie
222 bei uns in Nordhessen, ein wichtiger Arbeitgeber. Daher setzen wir JungsozialistInnen uns
223 dafür ein, dass Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, angemessen entlohnt werden und
224 in guten Arbeitsbedingungen arbeiten.

225 Die Umsatzentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist laut dem Situationsbericht des
226 deutschen Bauernverbandes positiv. Vor allem Ackerbaubetriebe, Obstanbau und ökologisch
227 geführte Betriebe haben einen höheren Umsatz zu verbuchen. Weiter auf Talfahrt befinden sich
228 die Milchbetriebe und Rinderbetriebe. Die abnehmenden Umsätze erschweren das Überleben
229 von Milch- und Rinderbetrieben. Dabei ist nicht der sinkende Absatz, sondern der harte
230 Preiskampf an den Umsatzeinbußen schuld. Die Folge sind weitere Optimierungen zu Lasten
231 des Tierwohls. Hier ist die deutsche und europäische Landwirtschaftspolitik gefordert.

232 Die zunehmende Umstellung auf erneuerbare Energie ist für die Landwirte ein Fluch und ein
233 Segen zugleich. 72.900 Megawatt, das sind 11% des erneuerbar hergestellten Stroms, erfolgt
234 über die Landwirtschaft. Vor allem im Bereich der Biogasherstellung sind die
235 Landwirtschaftsbetriebe aktiv. Zugleich sind die steigenden Strompreise das große Sorgenkind
236 der Landwirte, so der Situationsbericht. Die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energie muss
237 innerhalb der Landwirtschaft weiter gefördert und der dezentrale Gedanke gelebt werden.

238 Gleichzeitig kann die Reduzierung des Strompreises ein wichtiges politisches Instrumentarium
239 für die Umsetzung von ökologischen oder tierethischen Verbesserungen sein.

240 Die Landwirtschaft hat ein eigenes Sozialversicherungssystem, das 2013 in die
241 Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau aufgegangen ist (SVLFG). Sitz der
242 Behörde ist Kassel. Die SVLFG ist sowohl Berufsgenossenschaft (also Unfallversicherung),
243 Rentenversicherung (AdL – Alterssicherung der Landwirte), Krankenkasse wie auch
244 Pflegeversicherung. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist demokratisch organisiert und
245 muss erhalten bleiben. In einigen Bereichen gibt es jedoch Verbesserungsbedarf, etwa in der
246 Altersvorsorge. Die ohnehin sehr niedrige Rente ist in den letzten Jahren gesunken. Der Bund
247 unterstützt mit einem Beitragszuschuss die Renteneinzahlung. Der dafür vorgesehene
248 Schwellenbeitrag für die Bezuschussung wurde jedoch seit 1995 nicht erhöht. Eine
249 entsprechende Initiative des Bundesrates zur Erhöhung der Schwelle ist daher zu unterstützen.

250 **Wir fordern:**

- 251- Den Mindestlohn auch für Saisonarbeitskräfte und Aushilfskräfte
- 252- Politische Förderung der genossenschaftlichen Landwirtschaft
- 253- Die Energieumlage für Betriebe auszusetzen, die einen Mindeststandard an Tierhaltung
- 254 und ökologischen Landwirtschaft einhalten
- 255- Den Schwellenbeitrag für die AdL nach fast 20 Jahren wieder zu erhöhen

256 **Europäische Agrarpolitik weiterentwickeln**

257 Der größte Posten des EU-Haushaltes sind die Agrarsubventionen. Für die Förderperiode 2014
258 bis 2020 wurde als Leitprinzipien für die Agrarsubventionen ausreichende Nahrungsproduktion,
259 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von ländlichen Betrieben. Diese Zielsetzungen
260 begrüßen wir als Jungsozialisten.

262 **Jedoch fordern wir:**

- 263- Die Förderung stärker auf Greening (ökologische Auflagen) auszurichten sowie vermehrt
- 264 die angestellten Arbeitskräfte zu berücksichtigen und somit die soziale Komponente der
- 265 Förderung stärken
- 266- Deckelung von Direktzahlungen auf niedrigerem Niveau, um vor allem kleiner Betriebe
- 267 zu fördern
- 268- Stärkung der Komponente Ländliche Entwicklung
- 269- Klare Fruchtfolgenbindung an die Direktzahlungen knüpfen
- 270- Das die Subventionierung nicht weiter für den günstigen Export von Nahrungsmittel
- 271 verwendet werden darf. So werden Agrarstrukturen in ärmeren Ländern zerstört

272- Stattdessen sollen EU-Mittel verstärkt zur Förderung des Tierschutzes aufgewendet
273 werden, z.B. im Sinne der Förderung des ländlichen Raumes

274

275 Auch wenn es genügend Kritikpunkte an den EU-Agrarsubventionen gibt, wollen wir sie nicht
276 abschaffen, sondern als Instrument für eine bessere Landwirtschaft einsetzen. Nicht zuletzt sind
277 die Subventionen auch ein Stück Sozialpolitik. Ohne die Unterstützung der EU würden viele
278 Höfe aufgegeben werden und der ländliche Raum weiter geschwächt werden.

279

280

281 **Begründung:**

282

283 erfolgt mündlich.

284

285 angenommen

286 abgelehnt

287 überwiesen an

288

289